

Seminar Evolution, Demokratie, Offenheit und Fortschritt. Impulsstatement zu Funktion der Wissenschaft

Einleitung

In den Semindiskussionen wurde mehrfach die These geäußert, dass die Demokratie als Regierungsform Kreativität und Erkenntnisdynamik fördere, und dass im Gegenzug diktatorische Regierungssysteme dies nicht täten. Diese These scheint mehr eine ideologische als eine empirische Basis zu haben.

Der Widerspruch beruht auf folgenden Grundüberlegungen bzw. Beobachtungen:

- Die Demokratie ist noch relativ jung – also sind die meisten Erkenntnisse in undemokratischen Regierungsräumen gefunden worden.
- Die Demokratie als einheitliche Sozialisationsbeschreibung gibt es nicht. So werden in der im Seminar vertretenen These etwa die sozialistischen Volksdemokratien argumentativ der Diktatur zugeordnet.
- Und schlussendlich wirkt die Demokratie nach US Muster aufgrund ihrer inhärenten Dominanz von Vermarktung und die daran gebundenen Produkt- und Patentschutzgesetze fortschrittshindernd.
- Von der Konzeption her ist die Demokratie die Staatsform, die zu ihrem Bestehen die meisten restriktiven Gesetze erlassen muss, um ihren Bestand nicht zu gefährden.

Erläuterung

Gemäß meines Verständnis sollte für die Diskussion der Sozialisationsform und ihrer Auswirkungen auf Erkenntnis und Erkenntnisfortschritt die Demokratie westlichen Zuschnitts lediglich als Fallbeispiel und nicht als Musterbeispiel verwendet werden.

Die Grundlagen der im Seminar diskutierten Effekte scheinen mir eher die popperschen Thesen einer offenen Gesellschaft zu sein. Diese offene Gesellschaft kann als Demokratie realisiert werden – muss aber nicht.

Die Demokratie ist eine Herrschaftsform. Für die Erkenntnis ist es aber unwesentlich, ob der Einzelne in die Regierungshandlung eingebunden ist oder nicht. Eher im Gegenteil: Demokratie ist die einzige Regierungsform, die von den Menschen gelernt werden muss (frei nach Oskar Negt). Dadurch bindet die Demokratie, so sie gelebt

werden soll, von sich aus intellektuelle Kapazitäten. Gerade Wissenschaftler im Fachbereich sind durch diese Verpflichtungen, sich auch staatspolitisch zu engagieren, von ihren Aufgaben massiv abgelenkt (darum grenzen sich viele auch von der politischen Teilnahme aus).

In Bezug auf die Wissensvermittlung hat etwa Wilhelm von Humboldt schon darauf hingewiesen, dass eine Monarchie der Wissensvermittlung wesentlich mehr Spielraum geben kann, als eine Demokratie, da erlangtes Wissen nicht die Machtstruktur gefährdet.

Abschluss

Ich habe hier nur einige Kernelemente genannt. Es gäbe noch weitere Gründe, die dafür sprechen, Demokratie als Herrschaftsform nicht zur Grundlage von Überlegungen in Richtung Erkenntnisdynamik zu machen – etwa die strukturelle Machtverzerrung in den Demokratieformen, welche gewählte Regierungen lediglich als Strohmänner einer verdeckt agierenden Interessensgemeinschaft wirken lassen – oder die Tatsache, dass tiefgreifende Erkenntnisleistungen einen soziopolitisch stabilen Boden benötigen – die große Instabilität von Demokratien da eher hinderlich ist.

Für die im Seminar besprochene Thematik von Fortschritt und Erkenntnis scheint mir der Rückzug auf die popper'sche Sicht die Problemlage unideologisch darzustellen, günstiger.

Ev. ist in einem der nächsten Seminare Raum für die Diskussion, inwieweit die Demokratie – vor allem die US-amerikanische – die Bedingungen für Erkenntnisfortschritt fördert – oder behindert. Allerdings ist dies ein politisches Thema. Ich meine die Diskussion daher eher als Identifikation von Störfaktoren im Erkenntnisprozess – etwa Vorgänge wie in der McCarthy-Ära oder auch aktuell die Zensur von rechtsradikalen Chats usw.